

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Peter Manning MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion in Unterausschuß Abrüstung, tritt dem Vorwurf des Anti-Amerikanismus entgegen: Stärkung der Freundschaft.

Seite 1

Franz Müntefering MdB fordert, den sozialen Wohnungsbau als Kernstück sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik unangestastet zu lassen: Keine lästige Pflicht.

Seite 3

Dokumentation:

Brief von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz an die Mitglieder des SPD-Vorstandes: Akzente richtig setzen.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 159 / 24. August 1981

Stärkung der Freundschaft

Besorgte Kritik ist kein Anti-Amerikanismus

Von Peter Manning MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuß Abrüstung des Auswärtigen Ausschusses

Von einem ständig wachsenden Anti-Amerikanismus in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere in der SPD ist in diesen Tagen viel die Rede. Die berufsmäßigen Scharfmacher in der CDU/CSU lassen keine Gelegenheit aus, auch eher marginale Äußerungen sozialdemokratischer Politiker zu den jüngsten Entscheidungen des amerikanischen Präsidenten auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik mit dem schrittlichen Vorwurf des Anti-Amerikanismus zu brandmarken. Aber auch von jenseits des Atlantiks melden sich vermehrt Stimmen, auch aus der Umgebung Reagans, zu Wort, um in den Chor der selbsternannten Galshüter der amerikanisch-deutschen Beziehungen einzustimmen. Der Auftakt war vor Jahren ja schon durch die "Selbst-Finlandisierung"-Bemerkung des Sicherheitsberaters Brzezinski gegeben worden, die diesseits des Atlantiks nur allzu bereitwillig übernommen wurde und einmündete in den bössartigen Aktionismus, in der SPD eine "Moskau-Fraktion" aufzuspüren.

Was nun Reagans Entscheidungen im allgemeinen betrifft, so kann eigentlich niemand überrascht sein, daß der Nachfolger Carters das in die Tat umsetzt, was er in aller Ausführlichkeit beim Nominierungs-Konvent seiner Partei im Juli 1980 in Detroit ausgeführt hat. Schon seinerzeit faßte er alle umfassenden Verteidigungsanstrengungen der USA für den Fall seiner Wahl unter der Formel "Peace through Strength" zusammen, also "Frieden durch Stärke". Wer nachfragend um Interpretationen dieses Begriffes bat, bekam von der Absicht einer künftigen republikanischen Administration zu hören, im Bereich der atomaren Rüstung die Rückgewinnung der amerikanischen Stärke der fünfziger und sechziger Jahre anzustreben.



Daß danach der in den SALT-Verhandlungen mit der Sowjetunion mühsam erreichte Kompromiß der "Parität" in den Augen Moskaus zerstört werden würde, schien im Verhältnis zum erstrebten Ziel der nuklearen Führungsposition erträglich beziehungsweise hinnehmbar. Verantwortlich zu machen für die Zurückgabe der Ratifizierungs-Vorlage zum SALT-II-Vertrag im Januar 1980 ist die Reagan-Administration jedoch trotzdem nicht; dies geschah am Beginn des amerikanischen Wahljahres noch durch Carter, als ihm nach Afghanistan bewußt wurde, daß sich im entscheidenden Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats trotz komfortabler demokratischer Mehrheit nicht mehr eine einzige Stimme zugunsten dieses zweiten Abkommens zur Begrenzung der strategischen Waffen mehr erheben würde.

Diese Tatsache wird in der gegenwärtigen Diskussion um die Voraussetzungen für eine Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses allzu gern übersehen. Daß die Reagan-Administration allerdings über diese Entscheidung Carters nicht allzu unfroh ist, scheint einleuchtend. Sie wurde ihr abgenommen. Die neuen SALT-Beauftragten, Rostow und Rowny, - nicht gerade glühende Anhänger der SALT-Politik vorangehender US-Regierungen - haben nach anfänglichem Zögern in Aussicht gestellt, nach einer internen Bestandsaufnahme der Moskauer Regierung die Neuaufnahme der Gespräche vorzuschlagen.

Im Übrigen kann sich auch in unserem Land durch die Neutronenwaffen-Entscheidung kaum jemand hintergangen und getäuscht fühlen. Insofern waren viele Reaktionen auch von sozialdemokratischer Seite überzogen. Einerseits ist die Haltung der Partei durch den entsprechenden Beschluß des Hamburger Bundesparteitages von 1978 festgelegt, andererseits lautet die entsprechende Auffassung der Bundesregierung, daß die Produktion der Neutronenwaffe ausschließlich Sache der Amerikaner sei und eine Konsultation der europäischen Verbündeten erst dann notwendig werde, wenn diese Waffen auch in Europa stationiert werden sollten. Einzuräumen ist allerdings, daß die Äußerung des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger, wonach niemand der Regierung in Washington die Entscheidung darüber abnehmen könne, welche Maßnahme für den Schutz der US-Soldaten in Europa die beste sei, in der gegenwärtigen strapazierten Atmosphäre des atlantischen Dialogs nicht eben hilfreich war.

Auch wenn sie aus dem veränderten Selbstverständnis der amerikanischen Politik heraus zu erklären wäre, so war sie doch Wasser auf die Mühlen jener, denen an einer Entfremdung Westeuropas von den USA gelegen ist und die intensiver denn je durch Aufheizung anti-amerikanischer Emotionen eine Abkoppelung dieses Teils der westlichen Welt von seiner amerikanischen Bündnisvormacht betreiben.

Bis auf kleinere organisatorische Gruppen gibt es heute keinen formierten Anti-Amerikanismus in der Bundesrepublik Deutschland. Das Recht, im Bündnis mitwirken zu wollen bei der Bestimmung von Inhalt und Ziele atlantischer Aufgaben, fällt wohl noch nicht unter diesen vergifteten Kampfbegriff. Auch und gerade einem Freund gegenüber muß zur rechten Zeit ein klares und klärendes Wort gesagt werden. Dies dient der Erhaltung und Stärkung der Freundschaft und ist nicht gleichbedeutend mit ihrer Aufkündigung. Das Maß dieser Kritik aber muß bestimmt bleiben von der dauernden Einsicht in die Notwendigkeit, das feste Fundament westlicher Gemeinsamkeit zu erhalten.

(-/24.8.1981/bgy/ca)

* * *



Keine lästige Pflicht

Der soziale Wohnungsbau muß Kernstück sozialdemokratischer Wohnungspolitik bleiben

Von Franz Müntefering MdB

Stellvertretender SPD-Obmann im Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Dem sozialen Wohnungsbau soll es an den Kragen gehen, Seit Biedenkopfs Studie ist die Marschrichtung der Union trotz beschwichtigender Worte klar: Die meisten der Sozialwohnungen sollen möglichst bald aus den Bindungen entlassen und dem geliebten Markt überlassen werden. Der Neubau von Sozialwohnungen soll minimiert werden auf Ausnahmetatbestände. Sozialer Wohnungsbau als Ärmsten-Wohnungsbau, der nur noch diejenigen aufnimmt, die der Markt ausspuckt.

Die SPD hat dem immer widersprochen und festgehalten an ihren politischen Ziel, dabei mitzuhelfen, daß alle Menschen in unserem Land eine menschenwürdige, familiengerechte, bezahlbare Wohnung bekommen.

Klar, daß das nicht für alle sofort und nicht zu Vorzugsmieten möglich ist. Klar, daß bei Zunahme der Wohnungssuchenden, der Zweckentfremdungen, der Leerstände und der Abbrüche bei gleichzeitigen explodierenden Bodenpreisen, und exorbitanten Zinssätzen die Handlungsmöglichkeiten der Politik bescheiden sind. Richtig auch, daß es im sozialen Wohnungsbau Mietverzerrungen, Fehlsubventionen und Unterbelegungen gibt, mit denen wir uns nicht abfinden dürfen. Aber die wohnungspolitischen Schwierigkeiten dieser Jahre sind nicht wegen, sondern trotz des sozialen Wohnungsbaus der vergangenen Jahre entstanden.

Es wäre absurd, gerade jetzt den sozialen Wohnungsbau wie eine lästige Pflicht auf Sparflamme zu setzen oder wie eine überholte politische Idee Zug um Zug auf Null zu bringen. Wenn die Union sich solcher Tendenz verschreibt, wundert das niemand.

Wenn die SPD auf solchen Kurs ginge, wäre das eine Abkehr vom Kernstück sozialdemokratischer Wohnungspolitik.

Wir müssen aufpassen, daß sich nicht unter dem Deckmantel fiskalischer Zwänge konservative Marktgläubigkeit einschleicht und wir selbst ungewollt dazu beitragen, die Erfolge bisheriger sozialdemokratischer Wohnungs- und Städtebaupolitik zu untergraben. Und diese Erfolg gibt es, wenn auch zur Zeit manche durch die Mode und manche durch Kleinmut daran gehindert scheinen, sie zu verteidigen. Die Beschlüsse der SPD-Bundestagsfraktion vom 11. Mai 1981 und der SPD-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz von Bund und Ländern vom 2. Mai 1981 sind jedenfalls erfreulich eindeutig:

"Die SPD-Bundestagsfraktion bekräftigt ihre Forderung nach einem Aktionsprogramm Wohnungsbau im Rahmen des Sofortprogramms beschäftigungspolitischer Maßnahmen. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Bund, Länder und Gemeinden muß im übrigen



unvermindert fortgesetzt werden. Die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus bleibt eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden."

Es wäre wohnungspolitisch und arbeitsmarktpolitisch unverständlich, wenn sich im Bundesetat 1982 und in den folgenden Etats die Reduzierung der Ansätze "Sozialer Wohnungsbau" fortsetzen würde.

Einige unionsregierte Bundesländer mögen sich vom Bund einen solchen Ausstieg auf Raten erhoffen, um so auch ihrerseits mehr und mehr aus der Verpflichtung zu kommen.

Einige SPD-regierte Bundesländer - zum Beispiel Nordrhein-Westfalen und Hessen - zielen lobenwerterweise in andere Richtung; sie legen drauf und ermöglichen von sich aus die Finanzierung zusätzlicher Sozialmietwohnungen in den Bedarfsschwerpunkten.

Im Übrigen, falls es wirklich noch Sorgen macht, wie denn aus einer Ergänzungsabgabe Arbeitsplätze im Wohnungsbau werden könnten: Der Versuch ist unverzichtbar, per Vereinbarung oder Gesetz auch die unionsregierten Länder für eine solche Sonderanstrengung zu gewinnen oder sie zumindest von einem Veto abzuhalten. Angesichts der Entwicklung im Bauhandwerk wird man es sich auch bei der CDU/CSU zweimal überlegen, ehe man solche Impulse blockiert.

Seit ein paar Tagen ist nun eine neue Fußangel für den sozialen Wohnungsbau ausgelegt, die Absenkung der Einkommensgrenzen ist ins Gespräch gebracht.

Die Einkommensgrenzen sind in Paragraph 25 des II. Wohnungsbaugesetzes festgelegt, zuletzt 1980 fortgeschrieben und dabei gegenüber 1974 um rund 20 Prozent erhöht worden. Der Drei-Personen-Haushalt liegt mit einem Einkommen bis zu (21.600 plus 10.200 plus 6.300 =) 38.100 Mark jährlich innerhalb der Grenzen und ist damit wohnberechtigt im sozialen Wohnungsbau und antragsberechtigt für die Förderung von Neubau. Für junge Ehepaare und Behinderte werden Zuschläge gerechnet.

Was passiert, wenn die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau jetzt auf das Niveau von 1974 zurückgesetzt werden? Keine zusätzliche Wohnung würde gebaut. Keine zusätzliche Wohnung würde frei. Die Zahl der "Fehlbeleger" erhöhte sich drastisch, aber konsequenzlos (- es sei denn, es sollen bei einer Fehlsubventionsabgabe die Einkommen von 1974 zum Maß der Dinge gemacht werden).

Wichtige bisher antragsberechtigte Einkommensgruppen entfielen als potentielle Bauherren; es würde noch weniger gebaut. Die Reduzierung der Einkommensgrenzen brächte der öffentlichen Hand keine unmittelbaren Ersparnisse.

Sie wäre aber ein deutliches Zeichen dafür, daß Bund und Länder sich aus der Mitverantwortung für die Lösung der Wohnungsprobleme zurückziehen und der soziale Wohnungsbau nach konservativem Rezept eingegrenzt und ausgetrocknet werden soll.

Keine Sache für Sozialdemokraten. Die Lage der öffentlichen Kassen birgt nach Meinung der Optimisten auch die Chance in sich, einiges bescheidener, manches kleiner, vieles vernünftiger zu gestalten. Solche Art Reform täte auch dem Wohnungsbau gut. Sie wird aber unmöglich, wenn jetzt der soziale Wohnungsbau mit Duldung der Sozialdemokraten aufs Abstellgleis geschoben würde.

(-/24.8.1981/hl/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, hat an die Mitglieder des SPD-Vorstandes einen Brief geschrieben, der sich mit der aktuellen Haushaltsdiskussion befaßt. Wir dokumentieren das Schreiben in zwei Teilen, heute und morgen.

Akzente richtig setzen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

In den letzten Tagen hat sich die öffentliche Diskussion m den Haushalt '82 und insbesondere die Ergänzungsabgabe zur Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer weiter verstärkt. Dabei werden die Akzente einseitig verschoben. Es wird nicht - wie es sinnvoll wäre - über schnell wirkende Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen des Haushalts '82 diskutiert, sondern lediglich über die Ergänzungsabgabe als Finanzierungsinstrument. Diese Art der Diskussion könnte dazu führen, daß die dringend notwendige beschäftigungspolitische Komponente des Haushalts '82 totgeredet wird. Ich übersende Euch deshalb in der Anlage ein Argumentationspapier, das diesen schädlichen Tendenzen entgegenwirken soll und in den Debatten, die Ihr alle zu führen habt, vielleicht helfen kann.

Gleichzeitig übersende ich Euch zur Kenntnisnahme die Nachschrift eines Interviews, das Hans-Dietrich Genscher am heutigen Abend in der Sendung Bilanz gegeben hat.

Mit freundlichen Grüßen

Euer Peter Glotz

Die Doppeloperation

Sparen - arbeitsplatzschaffende Investitionen anstoßen

I.

Die 'Operation 1982', in ihrem ersten Teil abgeschlossen mit dem Kabinettsbeschuß vom 30. Juli 1981, hat einen wesentlichen Schritt in Richtung auf die Konsolidierung der Bundesfinanzen getan. Die Koalition hat sich in zweieinhalb Tagen auf Haushaltsverbesserungen von rund 14,5 Milliarden DM geeinigt. Nur ein Sechstel dieser Maßnahmen kommt aus Steuermehreinnahmen zustande. Fünftel sind Ausgabekürzungen. Trotzdem bekommt - in der zweiten Hälfte der Sommerpause - die öffentliche Diskussion eine für die Koalition negative Schlagseite, und zwar insbesondere wegen einer agitatorischen Behandlung des Themas 'Ergänzungsabgabe'. Die Koalition wäre gut beraten, wenn sie die Debatte so rasch als möglich auf das konzentrierte, was wirklich notwendig ist: auf die Frage nämlich, mit welchen Mitteln die weiter steigende Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik eingegrenzt werden kann.

Ausgangsposition: Die Gefahr Arbeitslosigkeit

Wir müssen davon ausgehen, daß selbst bei einem realen Wirtschaftswachstum von zwei Prozent in den nächsten Jahren 1,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik arbeitslos sein werden. Seit 1975 ist es nicht mehr gelungen, von dem damals erreichten hohen Sockel der Arbeitslosigkeit herunterzukommen. Man sollte sich auch nicht scheuen, endlich klar auszusprechen: Es ist sogar nicht mehr auszuschließen, daß wir 1985 jahresdurchschnittlich um zwei Millionen Arbeitslose haben werden. Eine solche Entwicklung kann - das ist in den Führungen von SPD und FDP wohl unstrittig - nicht hingenommen werden, weil sie den sozialen Frieden in der Bundesrepublik nicht nur 'berühren', sondern gefährden müßte. Wohin eine gegenüber der Arbeitslosigkeit gleichgültige Politik führt, kann man am sichtbaren Scheitern der Politik von Margaret Thatcher ablesen. (Negatives Wirtschaftswachstum seit zwei Jahren, knapp drei Millionen Arbeitslose und immer noch elf Prozent Inflation.)

Die Bundesrepublik kann, in der gegenwärtigen Situation, wie der Bundeskanzler betont hat, weder den Weg Mitterrands in die hohe zusätzliche Kreditfinanzierung, noch den Weg von Margaret Thatcher gehen. Wir müssen einen 'eigenen Weg' (Helmut Schmidt) versuchen.



II.

Ein beschäftigungspolitisches Programm müßte mehrere, gut komponierte Einzelelemente haben. Dabei muß man sich klar darüber sein, daß nicht nur sozusagen 'klassische' Vorschläge - staatlich-finanzierte Ausgaben-Programme zur Arbeitsbeschaffung - zum Zuge kommen können, sondern daß zur Ankurbelung auch Abschreibungsmöglichkeiten oder unmittelbar investiv wirkende steuerliche Anreize als Instrumente verwendet werden müssen, um die notwendige nachhaltige Beschäftigungswirkung zu erreichen.

Wenn man von dieser Prämisse ausgeht, läßt sich durchaus ein Programm schneiden, das das Vorurteil widerlegt, die Schubladen seien leer und Investitionsprogramme seien sinnlos.

Die SPD als Partei hat nicht die Aufgabe, technisch im einzelnen ausgefeilte Programme vorzulegen. Sie kann aber sagen, in welche Richtung man denken könnte, Hierzu einige Vorschläge, die zu bereits erörterten Projekten hinzutreten können:

Private Investitionen für sauberes Wasser

Engpässe in der Wasserwirtschaft sind nicht nur ein politisches Ärgernis, sie beengen auch in der Zukunft zunehmend Investitionsspielräume der privaten Unternehmen.

Also könnte man folgender Idee nachgehen:

Privates Kapital sollte zum Bau von Kläranlagen mobilisiert werden. Diese werden an Gemeinden vermietet; die Kläranlagen würden von den Gemeinden betrieben. Diese Kläranlagen müssen steuerlich wie private Fabriken zur Reinigung von Wasser behandelt werden. Das bedeutet, daß sie im Eigentum der Privaten bleiben müssen, bis die Gemeinde sie kauft. Nur dann sind Abschreibungen wie in der gesamten Wirtschaft auf diese Anlagen möglich. Es wäre weiter zu erwägen, die Abschreibungsfristen für solche Kläranlagen so zu verkürzen, daß diese Anlagen innerhalb von 15 Jahren abgeschrieben sein können. Danach gehen sie in das Eigentum der Gemeinde über. Jahr für Jahr werden in der Bundesrepublik von den Gemeinden mit Zuschüssen der Länder und teilweise auch mit Zuschüssen des Bundes für 5,5 bis sechs Milliarden Mark Abwasseranlagen gebaut. Die private Wirtschaft baut eigene Kläranlagen mit einem Beitrag von 750 bis 800 Millionen DM. Durch die Nutzung privaten Kapitals für Kläranlagenbau, dem rechtlich keine unüberspringbaren Hindernisse entgegenstehen, könnten jährlich hierzu zwei Milliarden zusätzliche Investitionen mobilisiert werden. In der Bauwirtschaft, insbesondere im Tiefbau und im Anlagenbau würden bis zu 25.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen.

Es ist klar, daß zusätzliche Kläranlagen auch durch öffentliche Zuschußprogramme nach dem Vorbild des Zukunftsinvestitionsprogramms gebaut werden könnten; allerdings müßten Bund, Länder und Gemeinden dann Investitionen sofort vorfinanzieren.

Energieeinsparung

Es wäre sinnvoll, das 4,35-Milliarden-Programm zur Energieeinsparung fortzusetzen, schon um unsere Wirtschaft und unsere Zahlungsbilanz von der Abhängigkeit vom Öl zu entlasten. Natürlich müßte die Förderung für die privaten Investoren auf solche Gegenstände beschränkt werden, die sich nicht von vornherein schon lohnen - dies wäre Subventionsverschwendung. (Bekanntestes Beispiel: Doppelfenster) Eine Konzentration auf Gebäude, bei denen die Dämmung der Außenwand und die Neueinrichtung der Heizung erhebliche Einspar-effekte für Energie versprechen, wäre sinnvoll. Zweitens wäre es sinnvoll, eine Konzentration der Förderung auf neue Technologien zu bewirken; und drittens könnte man auch den Anschluß an die Fernwärme begünstigen. Ein solches Programm könnte zu einer zusätzlichen Beschäftigung von 25.000 bis 30.000 Menschen in der Bundesrepublik führen.

Energiesparmaßnahmen an Bundesgebäuden

Es wäre denkbar, bestehende Mehrjahresprogramme für energiesparende Investitionen des Bundes aufzustocken. Dabei geht es nicht um Gebäude in Bonn, sondern um Gebäude der ganzen Bundesrepublik. Bei dem zusätzlichen Aufwand von 200 Millionen im Jahr könnten 3.500 Menschen zusätzlich beschäftigt werden. Im übrigen könnten durch die dauerhafte Einsparung von Energie auch die Folgekosten für den Bund eingegrenzt werden.



Wohnungspolitik

Die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe sinkt. 1980 betrug die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe 1,26 Millionen - bei circa 40.000 Arbeitslosen. 1981/82 wird die Beschäftigung bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen um mindestens je 50.000 zurückgehen. Die Wohnungsfertigstellungen werden von rund 390.000 Wohneinheiten in 1980 bei unveränderten Bedingungen 1981/82 deutlich unter 350.000 sinken. Die Warteschlangen am Wohnungsmarkt werden dadurch also zunehmen.

Die Entwicklung ist unter anderem auf drei Ursachen zurückzuführen:

- der Zins ist bei ungünstigen Einkommenserwartungen nachhaltig höher als jemals zuvor;
- trotz stagnierender bis sinkender Nachfrage stiegen die Baulandpreise in Gemeinden mit über 20.000 Einwohnern in den letzten zwei Jahren um 50 Prozent;
- das Steuersystem begünstigt den Kauf, die Modernisierungen und Instandsetzungen von alten Gebäuden in einem Ausmaß, das die Vermögensanlage im Neubau immer unattraktiver werden läßt.

In dieser Situation ist dringend Abhilfe geboten. Eine solche Abhilfe ist ebenfalls nur durch ein gemischtes Programm - Abbau verzichtbarer Steuervorteile, Erschließung neuer Einnahmen, Verstärkung von Investitionsmöglichkeiten im Bausektor, Bauprogramm - möglich.

Folgendes Maßnahmenbündel wäre denkbar:

Paragraph 7 b Einkommensteuergesetz für Erwerbsvorgänge aus dem Wohnungsbestand nach dem 2. September für einige Jahre aussetzen.

Begründung:

Seit 1976 erhalten Käufer von "Gebrauchtwohnungen" genau wie Bauherren Steuervergünstigungen nach Paragraph 7 b Einkommensteuergesetz. Inzwischen entstehen circa 50 Prozent aller 7 b-Fälle bei Gebrauchtwohnungskäufen. Zwar wird dadurch die Vermögensbildung angeregt und die Stadterneuerung erhält neue Impulse. Die Ausweitung des Wohnungsangebots und die Nachfrage nach Bauleistungen im Wohnungsneubau haben jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt Priorität, so daß die allein bis 1985 entstehenden rund 3,5 Milliarden Steuerzufälle besser für diese Zwecke Verwendung finden sollten.

Grundsteuer auf unbebaute Grundstücke anheben

Begründung:

Die Grundsteuer auf unbebaute Grundstücke hat angesichts der niedrigen Einheitswerte laufend an Bedeutung verloren. Grundstücke sind gegenüber anderen Vermögensanlagen steuerlich privilegiert. Dadurch wird die Mobilität von Grundstücken gesenkt. Die baupolitisch schädliche Hortungsneigung steigt. Durch eine vorgezogene Einheitsbewertung von unbebauten Grundstücken, die in 1982 durchgeführt werden könnte, könnten vertretbare Mehreinnahmen in einer Größenordnung von rund eine Milliarde DM erreicht werden. Anders als bei Steuern auf Einkommen, Umsätze oder Gewinne sind kaum negative Nebenwirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum anzunehmen. Im Gegenteil: Die Durchführung von Baumaßnahmen wird in der Regel erleichtert.

Degressive Abschreibung für alle vermieteten Wohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen auf sechs Prozent für acht Jahre (bisher 3,5 Prozent) anheben.

Begründung:

Eine solche Ausweitung der degressiven Abschreibungen bringt für Bauherren (beziehungsweise Mieter) eine Entlastung von zwei bis vier DM pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat. Ein Teil der zur Zeit aktuellen extremen Zinssteigerungen wird dadurch aufgefangen. Die Steuerausfälle für die öffentliche Hand erreichen zusammengenommen bis 1985 etwa 800 Millionen.

Zusatzprogramm von 60.000 Sozialwohnungen in 1982 und 1983

Begründung:

Ein solches Programm würde in einem Zeitraum von circa vier Jahren zusätzliche Bauleistungen in Höhe von insgesamt zwölf Milliarden DM anregen und von 1982 bis 1985 rund 50.000 bis 60.000 Beschäftigte finden.

Belastung für Bund und Länder 1982 eine Milliarde, 1983 1,6 Milliarden, 1984 1,5 Milliarden, 1985 eine Milliarde.

Bausparzwischenfinanzierungsprogramm

Es werden im Durchschnitt rund 80.000 DM auf zwei bis vier Jahre im Zins um fünf Prozent billiger.

Begründung:

Gegenwärtig werden viele potentielle Bauherren von Eigenheimen und Eigentumswohnungen durch die hohen Zinsen abgeschreckt. Sie verschieben ihre Bauabsichten in die Zukunft. Durch eine einmalige Zinshilfe bei circa 60.000 Bauherren könnten Bauleistungen vorgezogen werden und dadurch deutliche Beschäftigungswirkungen erzielt werden. Kosten bei Bund und Ländern: 1982 bis 1985 600 bis 700 Millionen

Verstärkung der Kinderkomponente im Rahmen des Paragraphen 7b EStG

Begründung:

Nach Kabinettsbeschluss vom 27. Mai 1981 sollen Familien mit drei oder mehr Kindern, die eine Förderung nach Paragraph 7 b EStG erhalten, zusätzlich mit 600 DM pro Jahr (Abzug von der Steuerschuld für jedes dritte und weitere Kind) gefördert werden. Diese Vergünstigung könnte auf alle Familien mit zwei und mehr Kindern ausgeweitet werden. Steuerausfälle bis 1985 bei Bund, Ländern und Gemeinden 1982 = 39 Millionen, 1983 = 117 Millionen, 1984 = 195 Millionen, 1985 = 273 Millionen.

Verkehrspolitik

1. Im Verkehrsbereich sollten zusätzliche Anstrengungen des Bundes zur Förderung von Investitionen im Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) unternommen werden. Dies ist energiepolitisch, umweltpolitisch und im Blick auf die Zahlungsbilanz sinnvoll; dies ist zugleich ein Beitrag für mehr Lebensqualität in den Städten.

Kurzfristig sind für ÖPNV-Investitionen zusätzlich mindestens 200 Millionen DM pro Jahr vorzusehen. Damit werden circa 3.300 zusätzliche Arbeitsplätze gesichert.

2. In ein Beschäftigungsprogramm des Bundes muß die notwendige Modernisierung der Deutschen Bundesbank mit einbezogen werden. Die in diesem Jahr zu geringen Investitionen der DB im Oberbau, Signalbau, bei der Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge sowie bei der Fahrzeugbeschaffung müssen erhöht werden.

Dafür könnte man im Bundeshaushalt jährlich rund 300 Millionen DM zusätzlich für die DB vorsehen. Diese Mittel tragen überwiegend zur Erhaltung bedrohter Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft, der Elektro- und Waggonbau-Industrie bei.

3. Im Bereich des Straßenbaus sollten zusätzliche Investitionen für qualitative Verbesserungen im bestehenden Netz vorgesehen werden. Dazu gehören vor allem: Zügigere Verwirklichung des Baues von Ortsumgehungen, schnellere Beseitigung von Unfallschwerpunkten und höhengleichen Bahnübergängen, Bau von mehr Radwegen an Bundes- und Kommunalstraßen sowie die weitere Modernisierung im vorhandenen Autobahnnetz.

Dafür könnte man rund 200 Millionen DM pro Jahr einstellen, die hier überwiegend Arbeitsplätze in der Tiefbau-Industrie sichern. Wegen des arbeitsintensiven Charakters dieser Investitionen werden dabei zugleich vergleichsweise mehr Arbeitsplätze gesichert als beim kapitalintensiven Neubau von Bundesfernstraßen.

4. Nicht erst der Unfall der 'Afran Zenit' vor wenigen Wochen hat deutlich gemacht, welche hohe Bedeutung der Verkehrssicherheit auf See und auf den Binnenwasserstraßen zukommt. Kurzfristig muß ein leistungsfähiges Sicherheitssystem für die deutsche Bucht realisiert und durch geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung von Ölunfällen die Gefahr von Umweltkatastrophen an unseren Küsten vermindert werden.

Dafür wären in den nächsten Jahren 40 bis 60 Millionen DM pro Jahr zusätzlich erforderlich.
(-/24.8.1981/vo-he/ca)

(Fortsetzung folgt)

+ + +

